

Anmeldung

von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG —)
vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

A. Personalangaben

1. Personalangaben des Antragstellers

a) Familienname Arnstein
(bei Frauen auch Geburtsname)

b) Vorname Otto

c) jetzt wohnhaft 175 East 79th Street, New York City, N.Y., USA

d) Geburtsdatum und Ort 15. Oktober 1890 in Prag-~~Karolinenthal~~^{Weinberge}, Böhmen

e) Staatsangehörigkeit USA

f) Beruf Beamter einer Finanzfirma

g) Wohnort (ständiger Aufenthalt) New York, N.Y., USA
im Zeitpunkt der Entziehung

h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945. —

i) Wohnsitz im Jahre 1948 ~~Prag, Tschechoslowakei~~ New York, N.Y., USA

k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dergl.)

*) Nach § 1 BRÜG findet das Gesetz Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.

e) Verfahrensbevollmächtigter: Wird nachträglich bekanntgegeben werden

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozessfähige Person zu verstehen) wünschenswert, der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

a) Familienname
(bei Frauen auch Geburtsname)

b) Vorname

c) zuletzt wohnhaft

d) Geburtsdatum und Ort

e) Sterbedatum und Ort

f) Staatsangehörigkeit

g) Beruf

h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller

i) Miterben (Name und Anschrift)

k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung

l) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

m) Wohnsitz im Jahre 1948

B. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände
(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

1. Bankguthaben

a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

b) Anschrift der Bank und der Depositenkasse

c) Letzter Saldo?

d) Ist Kontoauszug vorhanden?

2. Wertpapiere

a) Angabe der Wertpapiere

b) Angabe der Bank und der Depositenkasse

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsablieferung

III. wenn II., welche Zahlung

IV. an welcher Stelle abgeliefert

wofür ist die Ablieferung erfolgt

V. bei Reichsschatzanweisungen:

zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere

d) Ist Depotauszug vorhanden?

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

a) abgelieferte Gegenstände:

b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:
Stadt/Adresse angeben

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsablieferung

Ist Ablieferungsquittung vorhanden

III. wenn II., welche Zahlung

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektr. oder optische Geräte

a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

b) Ablieferung an

5. Hausrat

a) Bezeichnung der Gegenstände

b) Ortsangabe

6. Lifte

a) Inhalt des Liftes

siehe Anlage 1

b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters H. Hoogewerff Junior & Co.'s
Transportbedrijf N.V., Rotterdam, Mathenesserlaan 344

7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

b) Ablieferung an

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsabgabe

III. wenn II., welche Zahlung

Angemeldet wird auch das entzogene, vorstehend nicht aufgeführte Vermögen, wie es sich aus den bei den Oberfinanzdirektionen, den Finanzämtern, Gerichten und den sonstigen Behörden vorhandenen Devisen- und Steuerakten und sonstigen bei den Aemtern vorhandenen Urkunden ergibt. Hierauf wird Bezug genommen und die Beiziehung dieser Akten beantragt.

C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRüG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren

D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1. Zeitpunkt der Entziehung 15. Dezember 1942 (Anlage 4)

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung Rotterdam, Holland

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebietes oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbringung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

Schreiben der H. Hoogewerff Ju & Co.'s Transportbedrijf N.V., Rotterdam, vom 29.8.1945 (Anlage 4), und Schreiben des Oberfinanzpraesidenten Schleswig-Holstein vom 17.1.1948 (Anl. 5)

3. Durch welche der in § 1 BRüG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt?
Deutsches Reich

E

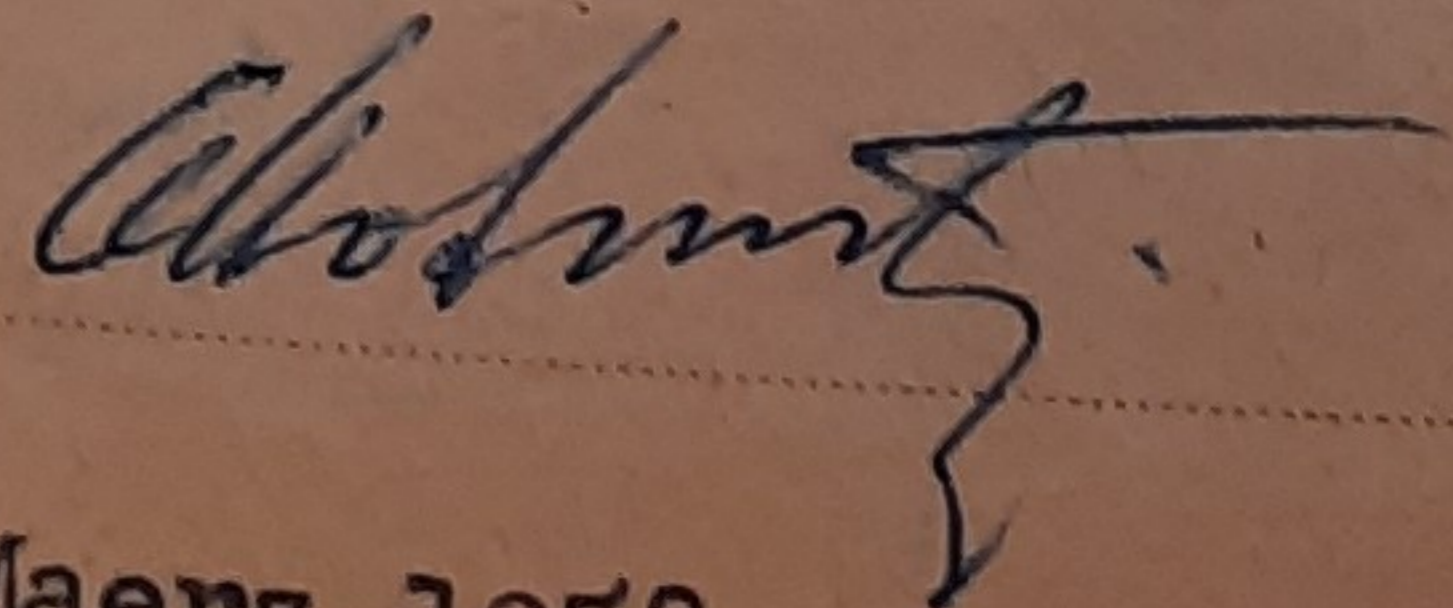
1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens. nein

2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.
Bundesamt fuer aeussere Restitutionen in Bad Homburg; wegen Unzustandigkeit abgewiesen. Siehe eidesstattliche Erklaerung und Anlage 6.

Vorhandene Unterlagen — Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandleihanstalt usw. — sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original, sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Unterschrift:



Ort: New York, N.Y.

Datum:

18. Maerz 1958

Nachdruck verboten

5

Eidesstattliche Erklaerung

Zur Erlaeuterung meiner Anmeldung vom 18. Maerz 1958 nach dem Bundesrueckerstattungsgesetz erklare ich, Otto A r n s t e i n , wohnhaft 175 East 79th Street, New York City, USA., unter Eid folgendes:

Ich lebte bis zum Jaenner 1940 in Prag, wo ich durch viele Jahre Direktor der Boehmischen Unionbank war. Nach Errichtung des Protektorats im Maerz 1939 beschloss ich, meine Heimat zu verlassen, um den gegen Juden gerichteten Verfolgungsmassnahmen zu entgehen. Im Jaenner 1940 wanderte ich nach den Vereinigten Staaten aus und liess mich in New York City nieder, wo ich seither meinen Wohnsitz habe. Ich bin naturalisierter amerikanischer Staatsbuerger.

Ich war in Prag Eigentuemmer wertvoller Bilder, Antiquitaeten, Vorhaenge, Tisch- und Bettwaesche, Teppiche, Schmucksachen aus Gold und Silber, von Glas und Porzellan, antiken Moebeln und anderen Gegenstaenden. Im Zusammenhang mit meinem Plan, aus dem Protektorat auszuwandern, sandte ich im April 1939 einen Teil meines oben erwaehten Eigentums durch die Prager Speditionsfirma Rivnac und Sula in sieben Kisten an die Firma H. Hoogewerff Junior & Co.'s Transportbedrijf N.V. in Rotterdam, wo sie in meinem Namen eingelagert wurden. Die so versandten Gegenstaende sind in Anlage 1) beschrieben; ihr Wiederbeschaffungswert am 1. April 1956 wird auf DM. 139.340,00 ! geschaezt. Die sieben Kisten, in denen die Gegenstaende verpackt waren, waren bezeichnet R.S. 101/107, und ihr Gesamtgewicht war 564 kg. (siehe Schreiben der Rotterdamer Firma vom 17. Feber 1940, Anlage 2). Zur Zeit der Besetzung der Niederlande durch Deutschland im Jahre 1940 waren die Kisten noch unversehrt im Zollschuppen der oben genannten Rotterdamer Firma (siehe Schreiben der Rotterdamer Firma vom 16. September 1940, Anlage 3).

Nach dem Kriege wurde mir von der erwaehten Rotterdamer Firma mit Schreiben vom 29. August 1945 (Anlage 4) mitgeteilt, dass meine sieben Kisten vom Reichskommissar fuer die besetzten niederlaendischen Gebiete, Generalkommissar fuer Finanz und Wirtschaft, Generalreferent, Den Haag, beschlagnahmt wurden und von ihm an den Oberfinanzpraesidenten Nordmark, Kiel, uebertragen wurden. Nach derselben Mitteilung beauftragte der letztere einen deutschen Spediteur in Rotterdam, die Gegenstaende nach Luebeck fuer die ausgebombten Bewohner dieser Stadt zu schaffen, Nach derselben Mitteilung wurden die Kisten von der oben erwaehten Rotterdamer Firma am 15. Dezember 1942 abgeliefert.

Ich setzte meine Nachforschungen nach meinem Eigentum fort und erhielt im Jaenner 1948 vom Oberfinanzpraesidenten Schleswig-Holstein in Kiel ein Schreiben vom 17. Jaenner 1948 (Anlage 5), aus dem hervorgeht, dass meine sie-

ben Kisten tatsaechlich in Luebeck eingelangt sind. In dem Schreiben wird weiter bestaetigt, dass die aus Holland kommenden Gegenstaende zum groessten Teil auf ministerielle Anordnung dem Stadtwirtschaftsamt Luebeck zur Abgabe an Fliegergeschaedigte, an Umsiedler und an vertriebene Auslandsdeutsche zum Taxwert zur Verfuegung gestellt wurden und dass wertvolle Gemaelde und Kunstgegenstaende vielfach einem Museum uebergeben wurden. In dem Schreiben wird auch erwaeht, dass Platin-, Gold- und Silbersachen, Juwelen, Brillanten, Eidelsteine und Perlen auf ministerielle Anordnung an die Pfandleihanstalt der Stadt Berlin, Abt. III, Zentralstelle abgegeben wurden.

Alle meine weiteren Bemuehungen, die mir gehoerigen Gegenstaende zu eruieren und identifizieren, sind erfolglos geblieben.

Am 19. April 1956 stellte ich gemaess Art. 4 des Fuenften Teiles des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen den Antrag auf Entschaedigung fuer Gegenstaende, welche waehrend der Besatzung der Niederlande durch Deutschland von den Truppen oder Behoerden Deutschlands durch Zwang, Requisition, Beschlagnahme oder andere Formen erzwungener Besitzentziehung erlangt, aus den Niederlanden nach Deutschland verbracht und dort zerstoeht oder gestohlen wurden oder abhanden gekommen sind. Dieser Antrag wurde mit Bescheid des Bundesamtes fuer aeussere Restitutionen vom 2. Mai 1956, RE 993/56 wegen Unzustaendigkeit abgewiesen. Kurz nachher, am 17. Mai 1956, erhielt ich ein Schreiben vom Bundesminister der Finanzen, V B/4-0 1488-A-29/56 (Anlage 6), in welchem ich mit meinem Anspruch auf das zu erwartende Bundesrueckerstattungsgesetz verwiesen wurde.

Ich lege neben der Anmeldung folgende Belege vor:

- 1) Liste mit Bezeichnung der Gegenstaende, fuer die Entschaedigung beansprucht wird, und Angabe des Wertes der einzelnen Gegenstaende,
- 2) Beglaubigte Abschrift des Schreibens der Firma H. Hoogewerff Junior & Co.'s Transportbedrijf N.V. in Rotterdam vom 7. Feber 1940,
- 3) Beglaubigte Abschrift des Schreibens derselben Firma vom 16. September 1940,
- 4) Beglaubigte Abschrift des Schreibens derselben Firma vom 29. August 1945,
- 5) Beglaubigte Abschrift des Schreibens des Oberfinanzpraesidenten Schleswig-Holstein vom 17. Januar 1948,
- 6) Bescheid des Bundesministers der Finanzen vom 17. Mai 1956, V B/4-0 1488-A-29/56.

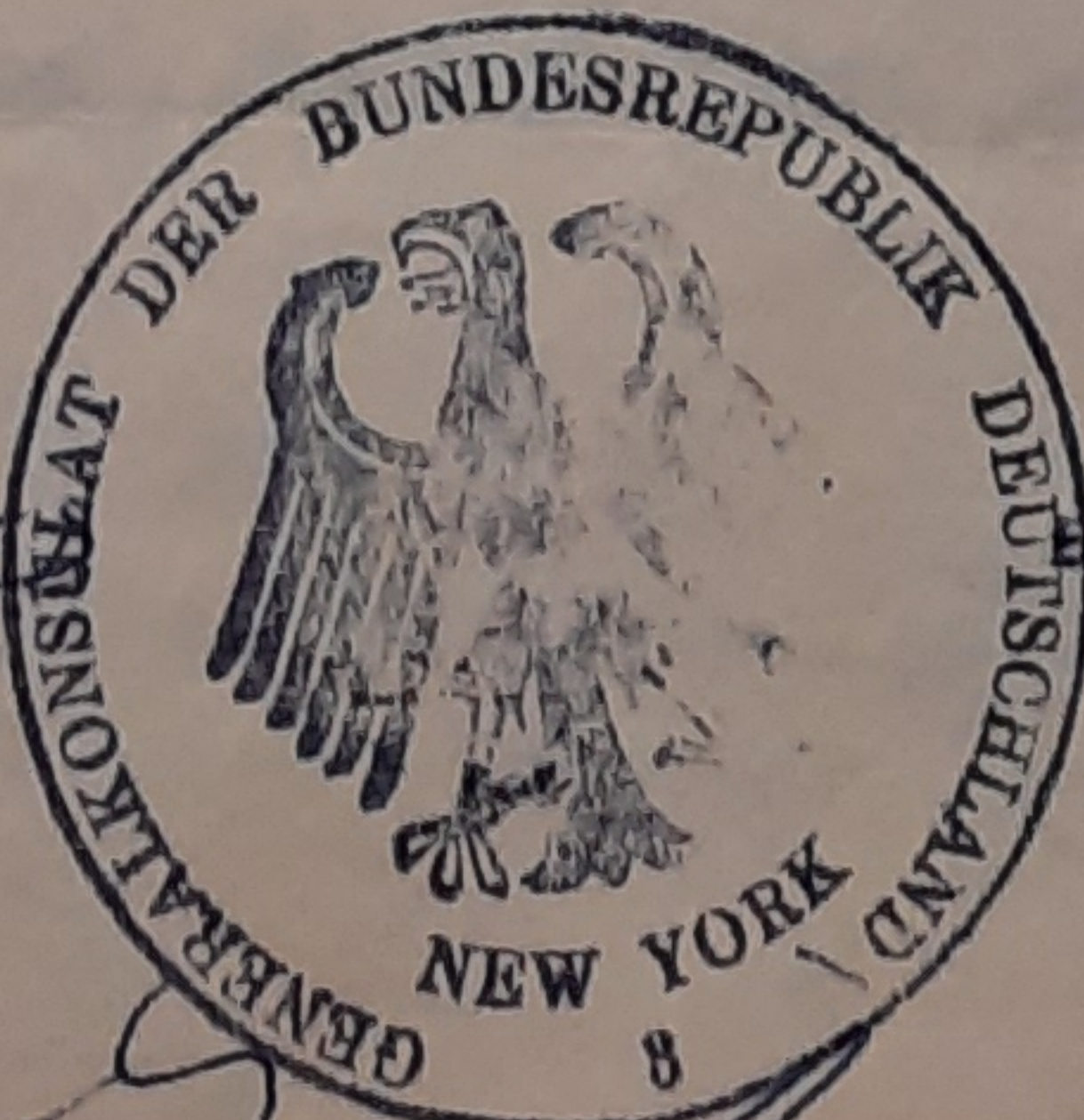
Ich bin mir der Folgen einer falschen eidesstattlichen Versicherung bewusst. Ich versichere die Richtigkeit und Vollstaendigkeit der obigen Angaben unter Eid vor einem oeffentlichen Notar.

New York, den 18. Maerz 1958.

[Handwritten signature]

STATE OF NEW YORK }
COUNTY OF NEW YORK } SS:

SWORN TO AND SUBSCRIBED
BEFORE ME THIS 18th
OF MARCH, 1958



Beglaubigung geprüft im Generalkonsulat
der Bundesrepublik

MAR 25 1958

DEUTSCHLAND IN NEW YORK

CHARLES A. MIELDAY
Notary Public, State of New York
No. 30-7929993
Qualified in Nassau County
Term Expires March 30, 1958

[Handwritten signature: Charles A. Mielday]